

Demokratie: Das Geschenk der Freiheit

14. April 2022, 21:27 Uhr



Diese zwei: Marine Le Pen und Wladimir Putin, vor fünf Jahren im Kreml.
(Foto: Mikhail Klimentyev/AFP)

Die freie Welt sieht sich gleich zwei Angriffen ausgesetzt: von außen durch Staaten wie Russland oder China und von innen durch antidemokratische Parteien. Dabei wirkt es manchmal, als seien manche Menschen der eigenen Freiheit überdrüssig geworden.

Kommentar von [Joachim Käppner](#)

"Alles zerfällt, die Mitte hält nicht stand / schiere Anarchie wird losgelassen auf die Welt", so heißt es in dem Gedicht "The Second Coming" des irischen Literaturnobelpreisträgers William Butler Yeats. Als er es schrieb, 1919, waren Millionen im Weltkrieg gefallen, vielerorts wie in [Russland](#) tobten blutige Nachfolgekonflikte, in Irland begann ein langer Bürgerkrieg. Und über die Menschen in dieser zutiefst verunsicherten Epoche, die nur Auftakt zu noch schlimmeren Zeiten war, heißt es im Gedicht: "Den Besten fehlt jede Überzeugung; die Schlimmsten sind voll besessener Leidenschaft."

Die Welt der Demokratien fand sich unter dem Schock des Angriffskrieges auf die Ukraine jäh wieder in einem vergleichbaren Zustand wie ein Jahrhundert zuvor. Der Überschwang des Gefühls, das 1918 ähnlich war wie 1989, die [Demokratie](#) werde sich in großen Teilen der Welt durchsetzen, weicht der bitteren Erkenntnis, dass unsere Staatsform zur bedrohten Art wird. Und wie damals sieht sich die freie Welt zur eigenen Überraschung gleich zwei Angriffen ausgesetzt: einem von außen und einem von innen.

Den äußeren führen Mächte wie Putins Russland und [China](#), die dem Westen, ob er das will oder nicht, eine brachiale Systemkonkurrenz aufzwingen - die eine durch Krieg und Destabilisierung, die andere ökonomisch und durch den Aufbau einer totalitären Überwachungsdictatur, die sich bestürzend rasch George Orwells düsterer Vision "1984" annähert. Den inneren führen antidemokratische und populistische Parteien, die Überdruß, Überforderung und das Gefühl des Abgehängtseins bei vielen Menschen ausnutzen und gerade erst in Ungarn triumphiert haben, mitten im Herzen des europäischen Einigungsprojekts. Diese Art des - überwiegend weit rechten - Populismus ist vielleicht noch gefährlicher, weil sie anders als nach 1918 mitten in Frieden, Wohlstand und Rechtssicherheit entstanden ist. Manchmal wirkt es, als seien nicht wenige Menschen der eigenen Freiheit überdrüssig geworden.

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/demokratie-ukraine-putin-le-pen-macron-1.5566135>

Ein dramatisches Beispiel bietet [Frankreich](#), eines der Mutterländer der demokratischen Idee. Zwar hat sich Präsident Emmanuel Macron zu einem der wichtigsten Gegenspieler des Tyrannen im Kreml aufgeschwungen. Zugleich aber muss Macron als letzter mehrheitsfähiger Vertreter des demokratischen Parteiensystems seines Landes um seine Wiederwahl bangen. Wenn es schlimm ausgeht, wird bald einer der bedeutendsten Staaten der EU von Faschisten, Rassisten, Putin-Bewunderern und -Günstlingen beherrscht.

Was das bedeuten würde für das "normative Projekt", wie der Historiker Heinrich-August Winkler die Idee der Freiheit und der westlichen Werte nennt, lässt sich leicht ausmalen. Und selbst ein Erfolg Macrons würde - so wenig wie Joe Bidens sehr knapper Sieg über den Trumpismus im Jahr 2020 - das Phänomen ja nicht aus der Welt schaffen, dass ein erheblicher Teil der Bürger empfänglich ist für die Versuchungen und Sirenengesänge, mit denen die neuen Gegner dieses Projekts locken. Anders als früher in der Zwischenkriegszeit treten sie heute verkleidet auf und behaupten, "das Volk" vor ausbeuterischen "Eliten" retten, "wahre Demokratie" und "Meinungsfreiheit" schaffen zu wollen. Es ist die Zeit verlogener Umdeutung, wie sie Orwell beschrieb: "Krieg ist Frieden; Freiheit ist Sklaverei; Unwissenheit ist Stärke", das alles predigt das totalitäre System in "1984".

Allein die Demokratien besitzen die Fähigkeit zur Selbstreinigung, zur Korrektur

The center cannot hold, die Mitte hält nicht stand - dies ist ein Symptom einer schweren Krise, aber eben doch nur einer Krise. Derzeit zeichnet sich sogar ab, dass Putins Krieg das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht und sich die freie Welt wieder ihrer Würde und ihrer Werte besinnt, und damit ihrer Stärke. Denn allein die Demokratien, deren DNA seit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 die Freiheit ist, besitzen die Fähigkeit zur Selbstreinigung, zur Korrektur. Sogar der populistische Horrorclown Trump hat diese innere Kraft unterschätzt und wurde von ihr auf einen Golfplatz in Mar-a-Lago befördert, hoffentlich für immer; gewiss ist das leider nicht. Demokratien sind nicht perfekt, ihre Entwicklung ist oft widersprüchlich und bleibt von Rückschlägen begleitet, vom herbeigelogenen Golfkrieg 2003 bis zur selbstzerstörerischen Mitschuld der westlichen Industriestaaten an der Klimakrise. Aber sie haben noch größere Krisen als die heutigen überstanden.

Das wird auch jetzt gelingen; allerdings bedarf es dazu der Bereitschaft der Regierenden, mehr auf das einzugehen, was die Regierten wirklich bewegt. Und der Einsicht der Regierten, nicht für selbstverständlich zu halten, was nicht selbstverständlich ist - und nicht vom Staat, der doch der ihre ist, Wunscherfüllung jeder Art zu erwarten, als gehöre diese zu den Grundrechten. Demokratie ist eine Einladung zur Mitwirkung, dazu, Probleme gemeinsam und friedlich zu beheben, und kein Versprechen, es werde niemals Probleme geben.

Eine Debatte über die Urlaube einer gestressten Ministerin: Das sind Sorgen, die andere gerne hätten

Speziell in [Deutschland](#), das vor einem Menschenalter Europas Demokratien beinahe vernichtet hätte, sind Freiheit, Gewaltenteilung, Rechtsstaat große Errungenschaften, die viele zu gering schätzen, nur weil sie ihre Partikularinteressen oder weltanschaulichen Fixierungen nicht umgehend durchsetzen können. Wir werden erst wieder lernen müssen, dass eine Demokratie wehrhaft sein muss, nach außen wie nach innen. Dass Debatten über angeblich rassistische Locken oder die Urlaube einer gestressten Ministerin angesichts der Gräber von Mariupol von Sorgen künden, die nicht nur die Menschen in der Ukraine gern hätten. Dass

wir, so bedeutsam der nach 1945 gewachsene Antimilitarismus ohne Zweifel bleibt, wieder verstehen, dass Streitkräfte notwendig sind und fähig sein müssen, diese Demokratie und ihre Werte notfalls zu verteidigen.

Denn die Alternativen sind fürchterlich. Winston Churchill, der die freie Welt 1940 einer in viel elementareren Krise unbeugsam verteidigte, hat es so ausgedrückt: Demokratie sei eine schlechte Staatsform - "mit Ausnahme aller anderen Staatsformen, die man von Zeit zu Zeit ausprobiert hat".